

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der BundesrätInnen Claudia Hauschildt-Buschberger, Simone Jagl, Elisabeth Kittl

betreffend Konkreter Ausstiegsplan aus der fossilen Abhängigkeit Österreichs

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 25. März 2026 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über Preise für Sachgüter und Leistungen getroffen werden (Preisgesetz 1992) und das Energie-Control-Gesetz geändert werden (764/A und 439 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Der Krieg im Nahen Osten, die Preissprünge auf den Energiemärkten und die daraus resultierenden massiven Preissteigerungen für Treibstoffe zeigen eines sehr deutlich – die Abhängigkeit von fossilen Energien belastet die österreichischen Haushalte, Unternehmen und ist eine Hypothek für unseren Wohlstand und unsere Zukunft.

Die konkreten Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten werden die Menschen erst in den nächsten Wochen, Monaten und möglicherweise sogar Jahren spüren. Auch, wenn die Straße von Hormuz morgen wieder passierbar würde, dauert die Reparatur der zerstörten fossilen Energieanlagen in der Region Monate oder gar Jahre. Damit sind die Lieferketten für Erdöl und LNG womöglich jahrelang beeinträchtigt. Verwerfungen auf den Weltmärkten für Flüssiggas und Erdöl sind zu erwarten. Die Internationale Energieagentur befürchtet die größte Energiekrise der Geschichte.

Manche Expert:innen gehen davon aus, dass die Auswirkungen auf die weltweite Energieversorgung stärker sein werden als im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine. Die Gas- und Strompreise, die 2022 und 2023 explodiert sind, haben viele Haushalte und Unternehmen in existenzielle Krisen gestürzt und zu einer europaweiten Rezession geführt. Trotz zahlreicher Notfallmaßnahmen – von Strompreisbremsen, Senkung von Energieabgaben bis hin zu staatlichen Gasreserven – sind die Energiepreise nur langsam gesunken. Die Auswirkungen dieser letzten Energiekrise spüren wir noch heute.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre führt nun unsere Abhängigkeit von fossilen Energien dazu, dass Preise steigen, was für viele Menschen zu einer zusätzlichen Belastung führt. Die Sorge, dass sich die Prognosen der Expert:innen bewahrheiten und Strom- und Gasrechnungen wieder in die Höhe schießen, ist groß. Steigende Gaspreise haben schon jetzt Auswirkungen auf neue Verträge. Zudem ist fraglich, wie die derzeit wenig befüllten Gasspeicher bis zum nächsten Winter wieder voll sein

sollen. Wachstumserwartungen werden nach unten revidiert, Unternehmen überdenken Investitionsentscheidungen.

Der Grund für diese düsteren Aussichten ist eindeutig: Österreich ist nach wie vor extrem abhängig von Energieimporten aus geopolitisch meist unsicheren Regionen. Diese Energieimporte – in erster Linie Öl und Ergas – tragen noch immer zu rund 60 Prozent zur Deckung des Gesamtenergieaufkommens Österreichs bei und kosten uns im Schnitt 10 Milliarden Euro im Jahr. Diese Abhängigkeit ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv, sie ist ein Sicherheitsrisiko, belastet die Bevölkerung und schränkt unseren politischen Handlungsspielraum ein.

Die einzige Möglichkeit, aus der fossilen Abhängigkeit zu entkommen und Österreich unabhängiger und sicherer zu machen, ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser Ausbau hat mit der grünen Regierungsbeteiligung große Fortschritte gemacht. Hunderttausende Haushalte haben sich an der Energiewende beteiligt, indem sie PV-Anlagen auf ihre Dächer montiert haben, Häuser saniert sowie Gas- und Ölheizungen ausgetauscht haben. Planbarkeit und gute Rahmenbedingungen haben Windkraftbetreiber motiviert, große Windenergieprojekte zu planen. Arbeitsplätze wurden geschaffen, die heimische Wertschöpfung hat profitiert. Mit dem Erfolgsmodell KlimaTicket und Rekordinvestitionen für den Schienenausbau, mit attraktiven Rahmenbedingungen für die E-Mobilität und den Schienengüterverkehr sind auch im Bereich der Mobilität enorme Fortschritte geschafft worden. Mehr als eine Million Menschen hat sich ein KlimaTicket gekauft und ist so klimafreundlich unterwegs. Mehr als eine Viertel Million E-Autos sind in Österreich bereits zugelassen. Unternehmen haben ihre Flotten umgestellt, Kommunen E-Busse angekauft. Österreich war auf einem guten Weg, die schädliche Abhängigkeit von schmutzigen fossilen Energien zu reduzieren.

Dieser Weg muss nun unverzüglich fortgesetzt werden. Wir müssen in die Energieunabhängigkeit und damit in die Zukunft, die Freiheit und Sicherheit Österreichs investieren. Österreich braucht einen konkreten Ausstiegsplan aus der schädlichen fossilen Abhängigkeit.

Die unterfertigenden BundesrätInnen stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

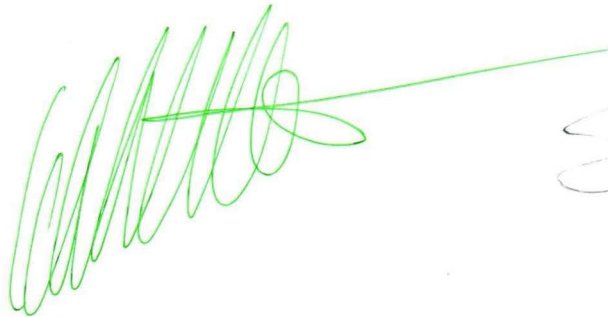
Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, der Bundesminister für Finanzen und der Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, wird aufgefordert:

- einen konkreten und verbindlichen Plan vorzulegen, wie Österreich aus der fossilen Abhängigkeit raschestmöglich aussteigen wird,
- sicherzustellen, dass durch die beabsichtigte Margenbegrenzung ein substantieller Teil der krisenbedingten Übergewinne von Ölkonzernen abgeschöpft wird,
- eine Regierungsvorlage zu übermitteln, mit der die Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer, die aufgrund der höheren Treibstoffpreise entstehen für die Senkung bzw. Abschaffung der motorbezogenen Versicherungssteuer von E-Autos verwendet werden,
- einen konkreten Plan vorzulegen, wie der Anteil der in Österreich zugelassenen E-Fahrzeuge in den kommenden Jahren kontinuierlich gesteigert wird, sodass dieser an den neu zugelassenen E-Autos bis 2035 100 Prozent erreicht,
- Modelle auszuarbeiten, wie E-Autos auch für Menschen mit geringen Einkommen leistbar sein können,
- eine Regierungsvorlage zu übermitteln, mit der die Inflationsanpassung des KlimaTickets Österreich in den Jahren 2026, 2027 und 2028 ausgesetzt wird,
- mit den ÖBB und den Bundesländern zu vereinbaren, Vergünstigungen für den öffentlichen Verkehr anzubieten, wie zB Gratismonatstickets und Schnuppertickets,
- einen Zielpfad vorzulegen, sodass wir spätestens bis 2040 100% des Gesamtenergieaufkommens in Österreich mit Erneuerbaren Energien decken können,
- alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausstieg aus fossilen Heizungssystemen bis zum Jahr 2040 zu ermöglichen. Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass jedes Jahr mindestens 80.000 Haushalte von Öl- und Gasheizungen in saubere Wärmesysteme umsteigen können,

- Gesetzesvorschläge zu erstellen, die die Nutzung der tiefeingeothermischen Potenziale ermöglichen, damit insbesondere die Gasheizungen im Geschosswohnungsbau ersetzt werden können,
- unverzüglich eine Regierungsvorlage zum Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz zu übermitteln, das jedenfalls konkrete und verbindliche Ausbauziele pro Bundesland, insbesondere der Windenergie, enthält, damit in Zukunft in jedem Bundesland Windräder stehen,
- unverzüglich eine Regierungsvorlage zu übermitteln, mit der die Erneuerbaren-Ziele im EAG so erhöht werden, damit die Energieunabhängigkeit bis 2040 erreicht wird,
- raschestmöglich eine Regierungsvorlage zum Erneuerbare-Gase-Gesetz zu übermitteln, um verbindliche und stabile Rahmenbedingungen für die volle Ausschöpfung des ökologischen Potentials von heimischen erneuerbaren Gasen zu schaffen.“

Caro Kammert-Buchner



Einwurf